

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 9 (Mülheim)

Geschäftsführung
Frau Schall

Telefon: (0221) 221-99322

Fax: (0221) 221-99412

E-Mail: petra.schall@stadt-koeln.de

Datum: 29.01.2016

Niederschrift

über die **12. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 18.01.2016, 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr, Bezirksrathaus Mülheim, VHS-Saal, Wiener Platz 2a, 51065 Köln

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Fuchs, Norbert Bezirksbürgermeister SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Brock, Claudia	SPD
Kaske-Vollmer, Jutta	SPD
Lünenbach, Alexander	SPD
Stengle, Hans	SPD
Haeming, Eric	CDU
Krüger, Stephan	CDU
Portz, Thomas Dr.	CDU
Derichsweiler, Max Christian	GRÜNE
Schlömer, Ursula	GRÜNE
Seldschopf, Winfried	GRÜNE
Bakis, Nijat	DIE LINKE
Merkel, Joscha-Michael	ALFA
Tücks, Torsten	FDP

Verwaltung

Oster, Hans-Jürgen	Bürgeramt Mülheim
Wegmann, Alice	Stadtplanungsamt
Berkenkamp, Bastian	Stadtplanungsamt
Reddel, Dietmar	Amt für Straßen- und Verkehrstechnik
Peschen, Konrad	Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz zu TOP 9.2.1

Seniorenvertreterin

Scherer, Karin

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frebel, Karl Heinz	SPD
Kranz, Berit	SPD
Kondring, Heijo	CDU
Roszbach, Thomas	CDU
Wolter, Judith	pro Köln

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frebel, Polina	SPD
Frenzel, Michael	SPD
Halberstadt-Kausch, Inge	SPD
Kaske, Sven	SPD
Noack, Horst	SPD
Philippi, Franz	SPD
Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister	CDU
Dresler-Graf, Margret	CDU
Woller, Julia	GRÜNE
Aymaz, Berivan	GRÜNE
Akbayir, Hamide	DIE LINKE

Der Vorsitzende, Herr Bezirksbürgermeister Fuchs, eröffnet die 12. Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim in der Wahlperiode 2014/2020 und begrüßt alle Anwesenden.

Da Herr Reimann von der LK Argus GmbH zur Präsentation zu TOP 9.2.1 eigens aus Berlin angereist ist und noch am selben Abend zurück fliegt, möchte Herr Bezirksbürgermeister Fuchs diesen TOP vorziehen. Es gibt hierzu keine Einwände.

Weiter kündigt Herr Bezirksbürgermeister Fuchs an, dass Herr Derichsweiler zu Beginn der Sitzung eine persönliche Erklärung abgeben möchte.

Als Stimmzähler werden Herr Stengle, Herr Krüger und Herr Merkl benannt.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs ruft Herrn Derichsweiler zu seiner persönlichen, tatsächlichen Erklärung auf und weist darauf hin, dass diese nicht zu Diskussionen in der Bezirksvertretung führen darf, sondern auch nur persönlich und tatsächlich sein darf.

Herr Derichsweiler bedankt sich und erklärt:

„Ich möchte, auch stellvertretend für meine grüne Fraktion, folgende persönliche Erklärung zu dem Angriff auf das Flüchtlingsheim in Köln-Mülheim am 02.01.2016 abgeben:

Meine Fraktion und ich verurteilen den Angriff auf das Flüchtlingsheim aufs Schärfste. Ein solcher Anschlag ist unerträglich und darf sich nicht wiederholen. Flüchtlinge,

die vor Krieg und Elend fliehen, genießen in unserem Bezirk selbstverständlichen und verfassungsrechtlichen Schutz. Der Anschlag trifft damit nicht nur die Flüchtlinge selbst, indem er Angst und Schrecken verbreiten soll, sondern er trifft auch die Grundwerte von uns allen.

Wir heißen die Flüchtlinge in unserem Bezirk willkommen und danken den engagierten Helferinnen und Helfern, die alleine oder in Initiativen tätig sind. Die spontane Gegendemonstration auf dem Wiener Platz am Tag nach dem Anschlag war ein wichtiges Zeichen und macht deutlich, dass die Mülheimerinnen und Mülheimer sich gegen Rassismus und für Vielfalt im Bezirk einsetzen.

Der Anschlag reiht sich in die bundesweit zunehmenden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte ein. Diesen Angriff als Einzelfall und Bagatelle abzutun würde bedeuten, den gesellschaftlichen Zusammenhang und die politische Aussage hinter diesem wie allen anderen Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte zu verneinen. Ich – und stellvertretend für meine Fraktion – zeige eine klare Kante gegen Rechts.“

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs moniert, dass es sich offenkundig nicht um eine persönliche Erklärung, sondern um eine Erklärung der Fraktion gehandelt hat. Er bittet, dies zukünftig zu unterlassen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Autobahnanbindung Ostfriedhof und Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Köln und Bergisch Gladbach (Az.: 02-1600-92/15)
3419/2015
- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**

6.1 Annahme einer Schenkung für die KGS Alte Wipperführter Straße
4104/2015

7 Anfragen

7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

7.1.1 Beantwortung der gemeinsamen Anfrage von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion vom 17.11.2015 betreffend Bauvorhaben ehemalige Baumwollbleicherei Holweide (AN/1785/2015)
4057/2015

7.1.2 Beantwortung der Anfrage des EMT Herrn Bakis (Bezirksvertreter DIE LINKE) vom 21.11.2015 betreffend "Künftige Nutzung Güterbahnhofsgelände" (AN/2797/2015)
4108/2015

7.1.3 Beantwortung der Anfrage der EMT Frau Wolter (Bezirksvertreterin pro Köln e.V.) zur Sitzung am 30.11.2015 betreffend "Fragen zur Situation in der Keupstraße" (AN/1818/2015)
0038/2016

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Städtisches Gebäude Bergisch Gladbacher Str. 1006, Dellbrück
AN/0051/2016

7.2.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Verbindungsweg zum Sportplatz Thurner Kamp, Dellbrück
AN/0052/2016

7.2.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kahlschlag Odenthaler Straße
AN/0054/2016

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Antrag der CDU-Fraktion

Verbesserte S-Bahn-Anbindung im Mülheimer Norden, Stammheim und Flittard
AN/1927/2015

8.1.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Laternen auf dem Fuß- und Radweg zwischen Thielenbrucher Allee und Gemarkenstraße in Köln-Dellbrück
AN/0002/2016

8.1.3 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

Optimierung der verkehrstechnischen Situation Keupstraße/Düsseldorfer Straße
AN/0003/2016

8.1.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Geschwindigkeitsbegrenzungen "Im Weidenbruch"
AN/0004/2016

8.1.5 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

Fuß- und Radweg in Verlängerung der Maria-Himmelfahrt-Straße
AN/0005/2016

8.1.6 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

Rückbau Drängelgitter Dabringhauser Straße
AN/0006/2016

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.1.1 Höhenhauser Ring
3704/2015

9.1.2 Namensgebung der GGS Dellbrücker Hauptstraße,
Dellbrücker Hauptstr. 16-18, 51069 Köln
4145/2015

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9.2.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BIm-SchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015

9.2.2 249. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3174/2015

9.2.3 Errichtung von Bildungsgängen: Fachoberschule Klasse 11 und Fachoberschule Klasse 12 S, Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (BK 07)
4146/2015

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

10.2.2 Unerledigte Anträge und Anfragen der laufenden Periode

Unerledigte Anträge und Anfragen der laufenden Periode
0007/2016

10.2.3 Sachstand Kunstrasenplätze im Allgemeinen
3780/2015

- 10.2.4 Auswertung der Befragung in den Kundenzentren
3878/2015
 - 10.2.5 Mitteilung der Verwaltung zum Zwischenbericht des Bau-Sachverständigen
INSTITUTS Roger Grün vom 27.11.2015 zur Zusatzfrage "Standicherheit
der Halde Kalkberg"
3865/2015
 - 10.2.6 Sachstand zum Vorhaben der Dialogschule
3901/2015
 - 10.2.7 Stadtverschönerungsprogramm 2014 für den Bezirk Mülheim
4143/2015
 - 10.2.8 Regionaler Orientierungs- und Handlungsrahmen
3242/2015
 - 10.2.9 AN/1730/2015
Mängel des Gehweges in Verlängerung der Mövenstraße
4071/2015
 - 10.2.10 Sanierungsarbeiten an der Straßenbrücke Leuchterstraße über den Mutz-
bach in Köln-Dünnwald
Fällung eines Baumes
0024/2016
- 10.3 Bemerkungen zur Niederschrift**

I. Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 2.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Autobahnanbindung Ostfriedhof und Interkommunale Zusammenarbeit der Städte Köln und Bergisch Gladbach (Az.: 02-1600-92/15) 3419/2015

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs begrüßt den zur Sitzung erschienenen Petenten.

Der Petent, Herr Farzanehfar, erläutert ausführlich inhaltlich das Anliegen seiner Bürgereingabe sowie den Inhalt der von ihm im Vorfeld zur Sitzung zur Verfügung gestellten Gegendarstellung zur Stellungnahme der Verwaltung.

Frau Schlömer erklärt, dass ihre Fraktion die Beschlussvorlage der Verwaltung ausdrücklich begrüßt. Die Notwendigkeit, die Bergisch Gladbacher Straße vom Durchgangsverkehr zu entlasten, werde durchaus gesehen. Die mit der Bürgereingabe vorgeschlagene Autobahnanbindung sei jedoch sicher nicht der richtige Ansatz.

Auch Herr Merkl als Dellbrücker Bürger lehnt ein solches Vorhaben strikt ab.

Aus Sicht von Herrn Stengle muss es einen möglichst schnellen Weg von Bergisch Gladbach zur Autobahn geben. Viele Nahverkehrsverbindungen seien gekappt worden. Es könne nicht sein, dass Bergisch Gladbach mittlerweile verkehrsberuhigt sei und Köln nun stattdessen den Verkehr aufnehmen soll. Bergisch Gladbach müsse seinen Anteil dafür tun, dass der Verkehr in Richtung Autobahn abfließt.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs gibt nach den Wortmeldungen erneut dem Petenten Gelegenheit zur Stellungnahme. Dieser plädiert für eine emotionsfreie Betrachtung von außen, um die bestmögliche Lösung zu finden.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs dankt dem Petenten für seine Erläuterungen und stellt den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe, spricht sich jedoch gegen die vorgeschlagenen

Varianten zur Anbindung an die Autobahn 4 aus. Der Ausschuss unterstützt das laufende Planungsverfahren zum Ausbau der L 286 und begrüßt die interkommunale Zusammenarbeit der Städte Köln und Bergisch Gladbach.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

- 3 Einwohneranträge gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 5 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 6 Annahme von Schenkungen**
- 6.1 Annahme einer Schenkung für die KGS Alte Wipperführter Straße 4104/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim nimmt die Schenkung eines Whiteboards für die KGS Alte Wipperführter Straße (Sankt Mauritius) durch den Förderverein der Schule mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

7 Anfragen

7.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

7.1.1 Beantwortung der gemeinsamen Anfrage von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion vom 17.11.2015 betreffend Bauvorhaben ehemalige Baumwollbleicherei Holweide (AN/1785/2015) 4057/2015

Frau Kaske-Vollmer fragt unter Hinweis auf die Beantwortung der Anfrage zu Nr. 3, ob denn gebaut werden kann, wenn das dort genannte Gutachten zur Risikoabschätzung hinsichtlich Boden, Bodenluft und Grundwasser noch nicht vorliegt.

Weiter möchte sie wissen, ob die Bezirksvertretung in jedem Fall eine Mitteilung zu dem Gutachten erhält, wenn es vorliegt.

Frau Wegmann erklärt, dass grundsätzlich das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz hierfür zuständig ist. Sie kann jedoch aus ihrer Erfahrung sprechen. Momentan liegt ein Bauvorbescheid vor, welcher die grundsätzliche Bebaubarkeit zusagt. Im Rahmen der Bearbeitung der Bauvoranfrage wurde das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz beteiligt. Nach Einreichung der Bauanträge geht man stärker ins Detail und es erfolgt eine dezidierte Prüfung der Flächen und eventuell belasteter Flächen.

Frau Kaske-Vollmer erinnert nachfolgend noch an das bereits per Beschluss aus letztem Jahr gewünschte und von der Verwaltung zugesagte Verkehrskonzept für den Bereich. Seinerzeit herrschte Einigung darüber, dass mit dem Bauvorhaben erst begonnen werden soll, wenn das geforderte Verkehrskonzept vorliegt. Sie möchte hierzu gerne den Sachstand wissen, da sie befürchtet, dass der Verkehr in Holweide-Süd über kurz oder lang kollabieren wird.

Auch hier weist Frau Wegmann darauf hin, dass sie für ein anderes Amt sprechen muss. Sie selbst könne nur sagen, dass die Erschließung des Gebietes für ein solches Bauvorhaben gesichert sein muss.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bittet Herrn Reddel, das Thema bis zur nächsten Sitzung zu prüfen.

Herr Krüger weist darauf hin, dass in der Beantwortung zu Nr. 1 der Anfrage von 300 Wohnungen die Rede ist. Diese Zahl habe er für die Teilflächen 2 und 4 zusammen in Erinnerung und möchte wissen, ob es sich womöglich um einen Druckfehler handelt.

Frau Wegmann erwidert, dass nach Auskunft des Vorhabenträgers 300 Wohneinheiten auf der Teilfläche Nr. 4, also der ehemaligen Baumwollbleicherei, entstehen sollen.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs nutzt an dieser Stelle die Gelegenheit, Herrn Berkenkamp vom Stadtplanungsamt vorzustellen und informiert darüber, dass Frau Wegmann Ende des Monats in Mutterschutz mit anschließender Elternzeit gehen wird. Herr Berkenkamp wird sie in dieser Zeit vertreten.

7.1.2 Beantwortung der Anfrage des EMT Herrn Bakis (Bezirksvertreter DIE LINKE) vom 21.11.2015 betreffend "Künftige Nutzung Güterbahnhofsgebäude" (AN/2797/2015) 4108/2015

Herr Bakis bedankt sich für die Antwort der Verwaltung und entschuldigt sich für die missverständlichen Formulierungen in der Anfrage bei der Verwaltung und bei Herrn Bezirksbürgermeister Fuchs. Es sei nicht seine Absicht gewesen, irgendein zweifelhaftes Verhalten anzudeuten oder gar zu unterstellen.

7.1.3 Beantwortung der Anfrage der EMT Frau Wolter (Bezirksvertreterin pro Köln e.V.) zur Sitzung am 30.11.2015 betreffend "Fragen zur Situation in der Keupstraße" (AN/1818/2015) 0038/2016

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bittet zur Vermeidung von Irritationen Frau Wegmann um eine ergänzende Klarstellung zu Ziffer 3 der vorliegenden Beantwortung. Die Beantwortung lasse fälschlicherweise vermuten, dass es keine Höchstgrenze für Restaurants und Gaststätten gebe. Die Antwort beziehe sich aber lediglich auf die aufgehobene Sanierungssatzung und nicht auf den gültigen Bebauungsplan.

Frau Wegmann bestätigt, dass innerhalb der Keupstraße ein Bebauungsplan gilt (Nr. 71481/02), auch wenn er nicht ganz aktuell ist, sondern aus dem Jahr 2002 stammt. Die Keupstraße ist darin festgesetzt als besonderes Wohngebiet. Die textliche Festsetzung reguliert die Zulässigkeit von Schank- und Speisewirtschaften. Innerhalb des Gebietes sind diese nur ausnahmsweise zulässig, auch wenn augenscheinlich Schank- und Speisewirtschaften in der Keupstraße fast die Regel sind. Neue Anträge können jedoch aufgrund der textlichen Festsetzung von der Verwaltung unter Hinweis auf die bestehende Regelung jeweils abgelehnt werden. Die Verwaltung hat auch nicht vor, den Bebauungsplan aufzuheben.

7.2 Neue Anfragen

7.2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Städtisches Gebäude Bergisch Gladbacher Str. 1006, Dellbrück
AN/0051/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Verbindungsweg zum Sportplatz Thurner Kamp, Dellbrück
AN/0052/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.2.3 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Kahlschlag Odenthaler Straße
AN/0054/2016**

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

8 Anträge

8.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8.1.1 Antrag der CDU-Fraktion

**Verbesserte S-Bahn-Anbindung im Mülheimer Norden, Stammheim und
Flittard
AN/1927/2015**

Herr Seldschopf weist ausdrücklich darauf hin, dass nichts gegen den Prüfauftrag spricht, die Begründung hierfür aber von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mitgetragen werden kann. Die verbesserte S-Bahn-Anbindung stellt keine Alternative zur Straßenbahn dar, so wie in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung beschlossen. (redaktionelle Anmerkung: 30.11.2015, TOP 8.1.7)

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs stellt klar, dass nicht über die Begründung, sondern über den Beschluss abgestimmt wird.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim fordert die Verwaltung auf, kurzfristig mit der Deutschen Bahn AG in Verbindung zu treten und die Möglichkeiten zur Errichtung zweier weiterer S-Bahn-Haltestellen an der Ecke Berliner Straße/Markgrafenstraße unmittelbar an dem Haltepunkt der Stadtbahnlinie 4 sowie in Flittard, vorzugsweise unmittelbar hinter der Bushaltestelle an der Ecke Bundesstraße 8/Grüner Kuhweg, zu erörtern.

Zugleich wird die Verwaltung weiterhin aufgefordert, zu prüfen welche Fördermittel für eine solche Maßnahme zur Verfügung stehen bzw. dieses Thema mit der Deutschen Bahn AG zu diskutieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Laternen auf dem Fuß- und Radweg zwischen Thielenbrucher Allee und Gemarkenstraße in Köln-Dellbrück
AN/0002/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die drei bisher vorhandenen Laternen auf dem Fuß-/Radweg zwischen Thielenbrucher Allee und Gemarkenstraße, die wegen mangelnder Standsicherheit entfernt werden sollen, erneuert bzw. saniert werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.3 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

**Optimierung der verkehrstechnischen Situation Keupstraße/Düsseldorfer Straße
AN/0003/2016**

Beschluss:

Im Hinblick einer verkehrstechnischen Optimierung, die vor allem die Situation der Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrerinnen und Radfahrer verbessert, fordert die Bezirksvertretung Köln-Mülheim die Verwaltung auf, die verkehrstechnische Situation der Keupstraße ab Clevischen Ring bis zur Kreuzung Düsseldorfer Straße unter besonderer Berücksichtigung folgender Punkte zu prüfen:

- Verbreiterung des Fußweges, insbesondere der linken Straßenseite der Keupstraße
- Einrichtung von Fußgängerüberwegen Keupstraße/Adamstraße und Keupstraße/Regentenstraße
- Sicherung der entgegen der Einbahnstraße fahrenden Radfahrerinnen und Radfahrer (Keupstraße Ecke Adamstraße bis Regenstraße) und Optimierung der Aufteilung (Fußgängerinnen und Fußgänger, Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer beide Richtungen, parkende PKWs, fahrende PKWs) auf diesem Abschnitt der Keupstraße (Spielstraße)
- Einrichtung einer All-Grün-Schaltung im Dreieck Keupstraße/Dünnwalder Straße/Düsseldorfer Straße für Fußgängerinnen und Fußgänger und Berücksichtigung der Radfahrerinnen und Radfahrer
- Absenkung der Sackgasse Keupstraße/Dünnwalder Straße und Einrichtung einer Radfahrerinnen- und Radfahrerführung ausgehend der Sackgasse in die Dünnwalder Straße und Düsseldorfer Straße

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Geschwindigkeitsbegrenzungen "Im Weidenbruch" AN/0004/2016

Beschluss:

Durch ergänzende bauliche und verkehrliche Maßnahmen ist sicherzustellen, dass die Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der Straße „Im Weidenbruch“ zwischen Thymianweg und Bernburger Weg in beide Richtungen eingehalten werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei Gegenstimme der CDU-Fraktion.

8.1.5 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

Fuß- und Radweg in Verlängerung der Maria-Himmelfahrt-Straße AN/0005/2016

Herr Krüger erinnert daran, dass dieses Thema bereits vor einigen Jahren, damals gemeinsam von der SPD- und der CDU-Fraktion, angestoßen wurde. Seinerzeit stieß der Vorschlag auf heftigen Widerstand. Mittlerweile habe sich in Holweide offensichtlich einiges verändert, inklusive eines Stimmungswechsels bei der betroffenen Bürgerschaft. Er ist optimistisch, dass sich der Plan auch vor Ort umsetzen lässt, was sehr erfreulich sei und auch der Grund, weshalb die CDU-Fraktion dem Antrag zustimmt.

Frau Schlömer betont, dass der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen natürlich die landwirtschaftlich genutzte Grün- und Freifläche sehr am Herzen liegt. Deshalb sei dies ausdrücklich so mit in den Prüfauftrag aufgenommen worden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim bittet die Verwaltung zu prüfen, ob ein Fuß- und Radweg in Verlängerung der Maria-Himmelfahrt-Straße bis zur Burgwiesenstraße angelegt werden kann. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die bestehende landwirtschaftliche Nutzung der dortigen Grün- und Freifläche nicht beeinträchtigt wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.1.6 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion

**Rückbau Drängelgitter Dabringhauser Straße
AN/0006/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Drängelgitter am Ende der Dabringhauser Straße (in Höhe Haus-Nr. 149) zurückzubauen und ggf. durch einen Sperrpfosten zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

8.2 Vorschläge und Anregungen gemäß § 37 Absatz 5 Satz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

9 Verwaltungsvorlagen

9.1 Entscheidungen gemäß § 37 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.1.1 Höhenhauser Ring
3704/2015**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung, einen Gehwegstreifen im Bereich der Nebenstraße des Höhenhauser Rings zur Verbesserung der Verkehrssicherheit baulich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

**9.1.2 Namensgebung der GGS Dellbrücker Hauptstraße, Dellbrücker Hauptstr. 16-18, 51069 Köln
4145/2015**

Beschluss:

Die GGS Dellbrücker Hauptstraße wird in „Regenbogenschule“ umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2 Anhörungen und Stellungnahmen gemäß § 37 Absatz 5 Sätze 1 und 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**9.2.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015**

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs kündigt die Präsentation von Herrn Reimann der LK Argus GmbH aus Berlin sowie einige einleitende Worte von Herrn Peschen als Vertreter des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz an.

Er regt an, die bereits bestehenden Fragen aus den Reihen der Bezirksvertretung möglichst im Rahmen des Vortrages zu beantworten.

Herr Peschen erläutert daraufhin die Hintergründe der vorliegenden Beschlussvorlage und geht insbesondere auf zwei Aspekte vorab ein.

Warum wurde die Fa. LK Argus GmbH mit dem Gutachten beauftragt? In Absprache mit dem Personalamt, dem Rechnungsprüfungsamt und dem zentralen Vergabeamt hat das Amt für Umwelt- und Verbraucherschutz im Rahmen eines ganz normalen Vergabeverfahrens dieses deutschlandweit renommierte Büro ausgewählt.

Zur Methodik bei der Beteiligung der Öffentlichkeit weist Herr Peschen darauf hin, dass eine breite Streuung mit den Online-Aktivitäten erreicht werden konnte. Deutlich mehr als 2.000 Bürgerinnen und Bürger konnten dazu bewegt werden, sich zu engagieren, und auch im zweiten Verfahren haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger

mitgemacht. Man sei mit dem onlinegestützten, webbasierten Verfahren deutschlandweit führend gewesen.

Herr Reimann gibt zunächst eine kleine allgemeine Einführung zum Thema Lärmaktionsplanung.

Anschließend geht er ausführlich auf die Hintergründe, Inhalte und Ziele des erarbeiteten Handlungs- und Maßnahmenkataloges ein. Die in der Sitzung gezeigte Power-Point-Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs dankt für den interessanten Vortrag. Mit Blick auf die laut der Beschlussvorlage vorgesehene Beratungsfolge weist er darauf hin, dass bei weiter bestehendem Beratungsbedarf eine Beschlussfassung der BV auch vertagt werden kann und nicht zwingend heute erfolgen muss. Ein Beschluss des Rates ist erst für dessen Sitzung am 28.06.2016 vorgesehen, andere Bezirksvertretungen behandeln die Vorlage erst im März.

Auch Herr Tücks bedankt sich für den spannenden Vortrag. Trotz vieler positiver Veränderungen zu dem gesamtstädtischen Thema Lärm, die bereits umgesetzt wurden (z.B. „Flüsterasphalt“), vermisst er das Einfließen der Thematik „Stickoxyde“ in die Untersuchungen.

Weiter fragt er, ob es richtig ist, dass bei der Prioritätensetzung ein Zusammenhang zwischen Lärmhöhe und Bevölkerungsdichte in der Umgebung besteht. Er habe es so verstanden, dass eine hohe Lärmfrequenz bei wenig Bevölkerung in der Umgebung dazu führt, dass die Priorität gering ist. Dies wird von Herrn Reimann jedoch verneint. Natürlich sei der Stadtverwaltung aber dazu geraten worden, zunächst Gebiete in Angriff zu nehmen, in denen viele Menschen betroffen sind, also eine hohe Entlastungswirkung erzielt werden kann.

Eine Verknüpfung der beiden Aspekte „Lärm“ und Luftreinhaltung“ bei der Betrachtung ist nicht erfolgt. Synergien sind hier auch schwer erreichbar.

Herr Krüger bittet nochmals um Erläuterung der angesprochenen Rückkoppelung der erarbeiteten Maßnahmenempfehlungen zu den Vorschlägen aus der Öffentlichkeit.

Enttäuscht zeigt er sich über die von der Verwaltung in der Beschlussvorlage ausgewiesene Alternative. Er hätte sich statt einer solchen Formulierung gewünscht, dass der Politik alternativ zwei, drei weitere Thesen an die Hand gegeben werden.

Herr Reimann erklärt, dass sein Büro keine Lärmaktionsplanung macht, die nur auf Hinweise von Bürgerinnen und Bürgern eingeht. Vorgeschrieben sei in der EU-Umgebungslärmrichtlinie sowie im Bundesimmissionsschutzgesetz, dass eine Lärmaktionsplanung zu machen ist und Maßnahmen zu benennen sind, wie die Lärmprobleme in einer Stadt behoben werden können oder wie auf die Lärmprobleme in einer Stadt reagiert wird. Die Öffentlichkeit wurde noch dazu beteiligt und hat zusätzliche Hinweise gebracht.

Zu der von der Verwaltung beschriebenen Alternative erläutert Herr Peschen, dass die EU sich regelmäßig nach dem Sachstand erkundigt. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Beschlussvorlage gab es zeitgleich die Frage, wie weit der Fortschritt im Verfahren ist. Die Alternative sollte vor dem Hintergrund lediglich zum Ausdruck bringen, dass die Verwaltung unter dem Zwang steht, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen und dies auch zu tun.

Herr Stengle möchte wissen, wann die Erhebung zur Anzahl der Betroffenen und wann die Lärmmessungen stattgefunden haben. Er habe aktuell gesehen, dass wieder neue Messungen durchgeführt werden, z.B. auf der Bergisch Gladbacher Straße.

Hierzu erläutert Herr Reimann, dass die in der Präsentation gezeigte Karte auf der Lärmkartierung aus dem Jahr 2006 bzw. 2007 basiert. Seither habe sich allerdings nicht viel geändert. Es gibt wohl eine aktualisierte ca. drei Jahre alte Lärmkartierung, welche jedoch bei einer Auswertung dieselben Handlungsschwerpunkte wiedergeben würde. Er weist zusätzlich darauf hin, dass prinzipiell nicht gemessen wird, sondern ein bestimmtes von der EU und der deutschen Gesetzgebung vorgegebenes Berechnungsverfahren anzuwenden ist, in das Verkehrsmengen, Geschwindigkeiten, Zusammensetzung des Verkehrs, Geologie, Fahrbahnachsen und Standorte von Gebäuden eingehen.

Herr Dr. Portz fragt, ob es richtig ist, dass die EU lediglich Beispiele für Maßnahmen aufzeigt, die lärmindernd wirken können, es aber keinen zur Umsetzung verpflichtenden Maßnahmenkatalog gibt.

Herr Reimann weist hierzu auf Anhang 5 der EU-Umgebungslärmrichtlinie hin. Dort finden sich einige Anhaltspunkte über gesetzlich vorgegebene, aber sehr pauschale Schritte. Konkrete Maßnahmen wurden weder vorgegeben noch ausgeschlossen.

Daraus schlussfolgert Herr Dr. Portz, dass man für die Bergisch Gladbacher Straße bspw. als lärmindernde Maßnahme auch vorschlagen kann, den Hauptberufsverkehr über eine Umgehungsstraße auf die Autobahn zu leiten. In dem Zusammenhang möchte er wissen, weshalb darauf verzichtet wurde, die Schaffung neuer Verkehrsinfrastruktur zur Lärminderung vorzuschlagen.

Weiter interessiert ihn, was konkret mit den als Empfehlung in Anlage 2 angesprochenen „kleinräumigen Handlungskonzepten“ gemeint ist. Gleiches gilt für die dort aufgeführten „Siedlungsbeschränkungen“.

Herr Reimann erklärt, dass es wichtig gewesen sei, aus den gebündelten Vorschlägen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung ein Maßnahmenkonzept zu entwickeln. Ortsumgehungen oder Infrastruktur-Neubaumaßnahmen waren hierin nicht enthalten, weshalb letztendlich diese Betrachtung außen vor gelassen wurde.

Mit „kleinräumigen Handlungskonzepten“ sei die Auswahl der bestmöglichen Maßnahme gemeint, wenn mehrere verschiedene Optionen in Frage kommen.

„Siedlungsbeschränkungen“ wurden zwar von den Bürgerinnen und Bürgern angeregt, finden sich so aber nicht im Lärmaktionsplan wieder. Es stellte sich die Frage, ob in Gebieten, in denen jetzt schon eine Lärmproblematik herrscht, noch mehr Bebauung z. B. in Form neuer Siedlungen sinnvoll ist. Die mit den verschiedensten Ämtern der Stadtverwaltung geführten Gespräche haben ergeben, dass aufgrund des bestehenden hohen Bedarfs an Wohnraum in Köln eine Beschränkung im Sinne eines Ausschlusses von vornherein gar nicht mehr zur Diskussion stehen kann.

Herr Bezirksbürgermeister Fuchs fragt anschließend, ob er den Beschluss nun zur Abstimmung stellen kann.

Herr Tücks würde dieses große Projekt gerne um das Thema „Stickoxyde“ ergänzen.

Herr Peschen weist darauf hin, dass das Thema Luftreinhalteplanung natürlich in das Aufgabenspektrum des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz fällt und aktuell auch aktiv daran gearbeitet wird. Wo möglich, wird auch der Aspekt „Lärm“ hierbei mit im Blick behalten, aber nicht als originäres Ziel. Die Gebiete, in denen Grenzwert-

te bei der Luftreinhaltung eine Rolle spielen, sind nicht zwangsläufig deckungsgleich mit den Bereichen, in denen Lärmschutzaspekte Relevanz haben. Auch die EU habe bis dato beide Themen nicht miteinander kombiniert.

Herr Reimann ergänzt hierzu, dass stets eine Abwägung stattfinden muss, auch ohne, dass dies explizit in der Lärmaktionsplanung mit aufgeführt ist. Bei der Frage nach der Eignung einer lärmmindernden Maßnahme muss die Verwaltung immer die verkehrlichen Effekte begutachten und bewerten. Daneben muss sie sich aber immer auch mit dem Thema Luftreinhaltung befassen, um kontraproduktive Maßnahmen auszuschließen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht. Herr Bezirksbürgermeister Fuchs bedankt sich bei Herrn Reimann und Herrn Peschen für die Präsentation und die zusätzlichen Informationen.

Die CDU-Fraktion beantragt, die Beschlussfassung zu vertagen.

Der TOP wird zur kommenden Sitzung erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

9.2.2 249. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3174/2015

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 249. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9.2.3 Errichtung von Bildungsgängen: Fachoberschule Klasse 11 und Fachoberschule Klasse 12 S, Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung am Erich-Gutenberg-Berufskolleg (BK 07) 4146/2015

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mülheim empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Errichtung der Bildungsgänge **Fachoberschule Klasse 11 (FOS 11) und Fachoberschule Klasse 12S (FOS 12S), Fachrichtung Wirtschaft und Verwaltung in Vollzeitform** gemäß § 22 Abs. 7 SchulG und Anlage C der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in den Bildungsgängen des Berufskollegs (APO-BK) zum

01.08.2016 am Erich-Gutenberg-Berufskolleg, Modemannstraße 25, 51065 Köln (BK 07).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

10 Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Mülheim

**10.2.2 Unerledigte Anträge und Anfragen der laufenden Periode
0007/2016**

Die Mitteilung und die aktuelle Übersicht wurden bereits zur Sitzung umgedruckt und werden zur Kenntnis genommen.

**10.2.3 Sachstand Kunstrasenplätze im Allgemeinen
3780/2015**

Frau Schlömer merkt zu dem Sportplatz Am Thurner Kamp in Dellbrück an, dass die Umgestaltung bereits seit Jahren den Verantwortlichen des SV Adler Dellbrück in Aussicht gestellt wird. Nach dem nun vorgelegten Zeitplan soll die Fertigstellung etwa Ende 2017 erfolgen. Sie möchte dringend darauf hinweisen, dass – sofern es zu weiteren erheblichen Verzögerungen kommt – der Verein allmählich in seiner Existenz bedroht ist. Gleiches gilt für das Breitensportangebot im Stadtteil.

**10.2.4 Auswertung der Befragung in den Kundenzentren
3878/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.5 Mitteilung der Verwaltung zum Zwischenbericht des Bau-
Sachverständigen INSTITUTS Roger Grün vom 27.11.2015 zur Zusatz-
frage "Standicherheit der Halde Kalkberg"
3865/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.6 Sachstand zum Vorhaben der Dialogschule
3901/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.7 Stadtverschönerungsprogramm 2014 für den Bezirk Mülheim
4143/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.8 Regionaler Orientierungs- und Handlungsrahmen
3242/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.9 AN/1730/2015
Mängel des Gehweges in Verlängerung der Mövenstraße
4071/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

**10.2.10 Sanierungsarbeiten an der Straßenbrücke Leuchterstraße über den
Mutzbach in Köln-Dünnwald
Fällung eines Baumes
0024/2016**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt und wird zur Kenntnis genommen.

10.3 Bemerkungen zur Niederschrift

Es gibt keine Anmerkungen hierzu, die Niederschrift wird genehmigt.



Norbert Fuchs
(Bezirksbürgermeister)

gez. Schall

Schall
(Schriftführerin)